

Wildbader Chronik.

Amts- und Anzeige-Blatt für Wildbad und Umgebung.

Erscheint jeden **Mittwoch** und **Samstag**. — Der Abonnements-Preis beträgt incl. dem jeden Samstag beigegebenen **Illustrirten Sonntagsblatt** für Wildbad vierteljährlich 1 \mathcal{M} 10 \mathcal{S} . monatlich 40 Pfg.; durch die Post bezogen im Oberamts-Bezirk 1 \mathcal{M} 15 \mathcal{S} ; auswärts 1 \mathcal{M} 45 \mathcal{S} . Bestellungen nehmen alle Postämter entgegen.



Der Insertionspreis beträgt für die Kleinspaltige Zeile oder deren Raum bei Lokal-Anzeigen 8 Pfg., bei auswärtigen 10 Pfg. Dieselben müssen spätestens den Tag zuvor Abends 4 Uhr aufgegeben werden. Bei Wiederholungen entsprechender Rabatt. Stehende Anzeigen nach Uebereinkunft. — Anonyme Einsendungen werden nicht berücksichtigt.

Nro. 14.

Samstag, 15. Februar 1890

26. Jahrgang.

Herzog Philipp von Orleans

wurde am 12. Februar von dem Polizeigericht in Paris zu 2 Jahren Gefängnis verurteilt. Ueber die Verhandlung wird u. A. nachstehendes berichtet:

Der Herzog betrat den Saal um 11^{3/4} Uhr. Das Aeußere des Prinzen ist jugendlich und einnehmend. Der Vorsitzende giebt bekannt, daß er bei der ersten Rundgebung den Zuschauerraum räumen lassen werde und beginnt nach den üblichen Förmlichkeiten das Verhör. Vorsitzender: Sie fallen unter die Bestimmungen des Ausnahmegesetzes. Angeklagter: Das Gesetz ist ein Ausnahmegesetz. Ich bitte um die Erlaubnis, mich ohne Umschweife an das Gericht wenden zu dürfen. Ich bin nach Frankreich gekommen, um als einfacher Soldat zu dienen. Ich mache keine Politik. Die Politik geht meinen Vater an, dessen ergebenen Sohn und treuer Diener ich bin. Ich bin nicht zur Kammer gekommen, sondern zum Rekrutierungsbureau. Ich wußte, was ich riskirte; dies hielt mich aber nicht ab; ich wollte meinem Lande im Regiment dienen. Ist dies ein Verbrechen? Ich liebe mein Land. Ist dies ein Verbrechen? Nein, ich halte mich nicht für strafbar. Ich will mich nicht verteidigen, ich danke meinen Räten herzlich für ihre Hingebung und bitte sie, mich nicht zu verteidigen. Ich habe in der Verbannung die Richterhaft meines Landes ehren gelernt; ich werde ihre Urteile achten. Ich erwarte keine Milde, aber wenn ich verurteilt werde, so bin ich der Freisprechung seitens der 200 000 Ausgehobenen meiner Altersklasse sicher, welche, glücklicher als ich, dem Lande dienen können. Nach den Worten des Prinzen von Orleans sagte der Präsident: „Aber Sie wußten doch, daß das Gesetz es Ihnen verbietet, in der französischen Armee zu dienen.“ Der Prinz erwiderte: „Ich würde nicht in der Conciergerie sein, wenn dieses Gesetz nicht bestände.“ Der Vertreter der Staatsanwaltschaft konstatierte, daß der Sohn des Grafen von Paris unter das Gesetz fällt, welches den Prätendenten den Boden Frankreichs verbietet. Sein Erscheinen stelle ein flagrantes Vergehen dar. (Murren unter der Zuhörerschaft.) Es handle sich um die Verletzung eines unbedingten Gesetzes, welches nicht umgangen werden könne, und das wissentlich verletzte Gesetz müsse seine Anwendung finden. Der Verteidiger Rouffe antwortete: Der Prinz sei nach Frankreich gekommen, um den Dienst als Soldat zu leisten, er sei von Niemanden dabei beraten worden, was von seiner Jugend; er habe einen freiwilligen persönlichen Schritt gethan, der ihm sein ganzes Leben lang zur Ehre gereichen werde. Rouffe wünscht, daß wir in den Ta-

gen der Gefahr viele solcher Söhne hätten, wie diesen (Beifall), und schloß damit, daß das Militärgesetz, welches Allen den Militärdienst auferlege, die Wirkungen des Verbannungsgesetzes aufhebe. Nach kurzer Beratung wurde darauf die Verurteilung zu 2 Jahren Gefängnis ausgesprochen. — Beim Ausgang aus der Gerichtssitzung ereignete sich ein leichter Zwischenfall. Einzelne Gruppen riefen: „Es lebe der Herzog von Orleans!“ welchem Andere antworteten: „Es lebe die Republik!“ Der Temps berichtet: 200 Personen zogen unter dem Rufe: „Vive le duc d'Orléans!“ vor das Denkmal Heinrichs IV., einige trugen Kränze, darunter ein Lilienkranz mit der Inschrift: „Dem Enkel Heinrichs IV.“ Eine Gruppe wurde von der Polizei zerstreut und die Personen, welche Widerstand leisteten, verhaftet, darunter mehrere Aristokraten. Weiter wird gemeldet: In und vor dem Justizpalast fanden nach der Urteilsverkündung lebhafteste Demonstrationen statt. Eine Gruppe jüngerer Advokaten rief: „Es lebe der König! Es lebe der Prinz von Orleans!“ Andere Advokaten brachten dagegen Hochrufe auf die Republik aus. — Der Graf von Paris telegraphirte aus Porto Rico am 11. Februar: Ich denke an meinen theuren Gefangenen, ich bin von Herzen mit ihm.

Württemberg.

Stuttgart, 14. Febr. Wie wir hören, wird der württembergische Landtag nicht vor Ostern einberufen werden.

— Zur Bewerbung ausgeschrieben sind im Staatsanzeiger die erste Schulstelle in Birkensfeld und die zweite Schulstelle in Calmbach.

— Die Wahl des approb. Arztes Dr. Hausmann in Wildbad zum Stadt- und Armenarzt für Wildbad nebst den Parzellen Hochwiese, Windhof und Ziegelhütte, sowie diejenige des appr. Arztes Dr. Josenhans in Wildbad zum Distriktsarzt für die Parzellen der Stadtgemeinde Wildbad, mit Ausnahme von Hochwiese, Windhof und Ziegelhütte sowie für die Gemeinde Enzklosterle, O.A. Neubürg, ist bestätigt worden.

Stuttgart. Nach einer Bekanntmachung der Rgl. Stadtdirektion sind die Kaminfeger verpflichtet, für jede Kaminreinigung den betreffenden Hauseigentümern, bezw. dem Mieter des betr. Stockwerks auch ohne dessen Verlangen Rechnungen, welche vom Meister selbst quittirt sein müssen, zuzustellen.

— Fünf Ulanenunteroffiziere, die sich für den Dienst in Ostafrika gemeldet haben, werden binnen Kurzem dorthin abgehen. Die monatliche Dienstentschädigung beträgt 150 \mathcal{M}

— Der Stuttgarter Liederkranz erhielt ein Legat von 200 \mathcal{M} seitens des verstorbenen Lapezier Stück (früherer Sänger), aus Dankbarkeit für die vielen und schönen im Liederkranz verbrachten Stunden. Ehre dem Andenken dieses waderen Sängers.

In **Stuttgart** hat sich ein Comité zur Erbauung eines Denkmals für den verewigten Oberhofprediger, Prälaten von Gerol, gebildet.

Ludwigsburg, 13. Febr. Der Attentäter Müller ist heute früh durch den hiesigen Landjäger-Stationskommandanten und in weiterer Begleitung eines Irrenwärters und eines Landjägers vom hiesigen Amtsgerichtsgefängnisse nach der Heil- und Pflegeanstalt Zwiesalten überführt worden. Auf dem Bahnhofe machte Müller einen Fluchtversuch, wurde aber sofort wieder ergriffen und dann in einem Gefangenewagen untergebracht.

Ravensburg, 9. Febr. In Weiskreute, Gemeinde Schlier, lag, wie der „D. Anz.“ meldet, seit 2. Febr. eine Frau im Alter von 60 Jahren am Starrkrampf darnieder und erwachte erst gestern früh nach vielen Bemühungen eines Arztes von ihrem langen Schlafe wieder.

Grossingen, 10. Febr. (Unglaublich aber wahr.) Eine hiesige ledige 25jährige Dienstmagd verzehrte gestern nach dem allgemeinen Mittagstisch noch folgendes: 22 Stück rote Würste, ein halbes Pfund Schwarzbrot, einen Becken, eine Flasche Bier und 3 Häfen voll gestandene Milch und die ganze Leistung wurde während einer Stunde fertig gebracht.

Rundschau.

Mannheim, 11. Febr. Den unter dem Verdachte, den Labenburger Postraub ausgeführt zu haben, bis jetzt verhafteten Personen konnte keine bestimmte Schuld nachgewiesen werden, und mußten dieselben daher wieder auf freien Fuß gesetzt werden. Die auf die Ermittlung des Thäters ausgesetzte Belohnung ist von 200 auf 400 Mark erhöht worden. Bemerkte sei noch, daß zwei der gestohlenen 100-Markscheine in einer Ecke einen mit Blausaft geschriebenen etwas verwischten Namen tragen und daß zwei Banknoten der Badischen Bank à 100 \mathcal{M} an der einen Seite eingedrückt. Es wird Jedermann, dem diese Banknoten unter die Hände kommen, aufgefordert, dies bei der nächsten Polizeibehörde zur Anzeige zu bringen.

Wie aus **München** berichtet wird, hat die Influenza dort eine Bierfrage erzeugt. Seit dem Auftreten der Seuche bis jetzt haben die Münchener Bierbrauereien nach sachmännischen Angaben um 160 000 Hektoliter Bier weniger abgesetzt als sonst, und ein solcher

Ausfall wird sich in der Bilanz sehr fühlbar zeigen. Da verschiedene Aktienbrauereien ohnehin schon mit schwierigen Verhältnissen kämpfen, so erscheint, als Folge der Influenza, die Frage der Bierpreiserhöhung auf der Bildfläche. Vorerst scheiterten die Versuche, den Bierpreis schon beim Winterbier zu erhöhen. Der Schankpreis in München ist bis jetzt das Liter 22 Pfg. für Winterbier, 24 Pfennig für Sommerbier. Wahrscheinlich wird für das nächste Sommerbier schon 25 A gefordert werden. Bemerkenswert ist, daß in Folge des Minderabfahes an Bier die Gerstenpreise in raschem Sinken begriffen sind. Den Preissturz der Gerste hat also die Influenza verschuldet.

Minden, 8. Februar. An der hiesigen Bürgerschule, welche etwa 1100 Zöglinge beiderlei Geschlechts zählt, ist die egyptische Augenkrankheit ausgebrochen und hat so viele Kinder ergriffen, daß der Unterricht bis auf weiteres geschlossen werden soll.

Berlin. Die Post (Reichsp.) schreibt zu den Wahlen: Suche jeder im engsten Kreise seiner Bekannten und Nachbarn von Person zu Person zu wirken und insbesondere darauf Bedacht zu nehmen, die Launen und Trägen zur Ausübung ihrer Wahlpflicht zu bestimmen. Zufriedenheit und Vertrauen in die starke Regierung macht träge und lau, Anzufriedenheit dagegen eifrig und scharf. Um so mehr gilt es, die vorhandenen Trägheitsneigungen zu überwinden, damit der wahre Wille des Volkes auch bei den Wahlen zum Ausdruck kommt und es der rührigeren Minderheit nicht gelingt, ein davon abweichendes Ergebnis zu erzielen. Deshalb ergeht auch jetzt nochmals an alle Parteigenossen die dringende Mahnung, in der letzten Woche vor den Wahlen sich der stillen, persönlichen Thätigkeit im engsten Kreise mit deutscher Pflichttreue zu widmen.

Paris, 13. Febr. Es geht das Gerücht, der Präsident Carnot beabsichtige den Herzog von Orleans in einigen Tagen zu begnadigen.

Aus **Madrid**, 11. Febr. meldet man der Str. P.: Die Lage Portugals wird hier sehr ernst aufgefaßt. Der König verläßt niemals den Palast. Portugal scheint die Konferenz vertagen und direkt mit England unterhandeln zu wollen.

Sausibar, 13. Febr. Der Sultan ist heute gestorben. — Der englische Kreuzer „Conquest“ ist in der Nähe von Pemba gescheitert. Die Lage des Schiffes ist gefährlich. Zwei Schiffe sind zur Hilfeleistung abgegangen.

Rio de Janeiro, 12. Febr. Zum Minister des Innern ist an Stelle Lobos, welcher seine Entlassung eingereicht hat, Cesario Alvin ernannt worden.

Newyork, 7. Febr. Gestern riß das Drahtseil einer bei Bridge Junction im Staate Illinois befindlichen Hängebrücke, gerade als ein Güterzug hinüberfuhr. Die Lokomotive fiel ins Wasser und zog eine Menge Wagen mit sich. Zwei Heizer ertranken. Der Lokomotivführer ist noch am Leben, aber sein Schicksal ist entsetzlich. Ein Teil der Maschine liegt auf ihm und er kann gerade noch den Kopf über Wasser halten, indem man ihm fortwährend Spirituoson einflößt. Die Aerzte versuchen, ihm das von der Maschine festgezwängte Bein zu amputieren, um ihn freizumachen.

(Eingefendet.)

Warum sind wir Gegner der Demokraten?
Dies soll in kurzen Zügen dargestellt werden.

1) Das Reich steht über den Einzelstaaten und darf daher nicht von dem guten Willen der letzteren abhängig gemacht werden; es gab

ein deutsches Reich vor den Einzelstaaten, welche nur durch eine allzu üppige Entfaltung des Sondergeistes der Nation nach und nach das Reich zu einem bloßen Schatten gemacht haben.

2) Die demokratische Partei strebt eine Republik voreerst mit monarchischer Spitze nach dem Muster Englands an; ihr gilt die Mehrheit der jeweiligen Landesvertretung als Volkswille, dem unbedingt Geltung zukommen müsse, und dem daher der Landesherr durch Berufung von Ministern aus dieser Mehrheit Rechnung zu tragen habe. Die anderen Parteien wollen aber an den Grundlagen des monarchischen Rechts, wie solches in Deutschland zu Recht besteht, nicht rütteln, sie wollen daher den Landesherrn als vollgültigen Faktor im Staatsleben nicht beseitigen lassen, sie halten den Parlamentarismus, wie ihn die extremen liberalen Parteien verlangen, als eine für Deutschland unpassende und schädliche Einrichtung, entlehnt aus England, wo er nur fatistisch, nicht aber rechtlich besteht, und nachgebildet den politischen Theorien der Franzosen aus den 1830er Jahren.

3) Nach demokratischem Prinzip soll stets der Wille der Mehrheit entscheiden; die Gegner aber keine Majoritäts Tyrannie, bei der 49 Prozent des Volkes von 51 Prozent geknechtet werden können, sie wollen vielmehr einen unparteiische Regierung, welche nur Wahrheit und Recht zu ihrer Richtschnur nimmt, und der wandelbaren politischen Tagesmeinung keinen ungebührlichen Einfluß einräumt.

4) Die demokratische Partei verbreitet den Glauben, als ob die Regierung vom Volke verschiedene Interessen hätte und sucht jeden, der mit der Regierung in irgend einer Beziehung steht, als verdächtig und als keinen wahren Freund des Volkes darzustellen; diese Tendenz muß als verwerflich bezeichnet werden, denn sie verbreitet schädliches Mißtrauen da, wo ein solches nicht hingehört.

5) Die Aufstellung von starren Prinzipien für politische Dinge, bei denen es Gründe für und wider giebt, ist unklug, denn sie verhindern die unbefangene Prüfung der Gegenstände, auf welche sie angewendet werden wollen. Manches mag sich in der Theorie ganz schön ausnehmen, wie z. B. die Abschaffung oder die Beschränkung der indirekten Steuern, allein praktisch ist ein solches Vorgehen nicht durchführbar, denn mit Millionen, die den Ausfall mittelst einer Progressivsteuer decken könnten, kann man bei uns nicht pflastern. Andere politische Schlagworte beruhen auf einer Verdrehung der Thatfachen; so der Ruf: keine Ausnahmegesetze, gleiches Recht für Alle! Diese Ausnahmegesetze verdanken ihre Entstehung staatsgefährlichen Erscheinungen der Gegenwart im Volksleben, gegen welche wegen ihrer Eigenartigkeit besondere Verteidigungsmaßregeln zu treffen waren, da die bestehenden Gesetze wegen der Neuheit der Erscheinungen einen Schutz nicht gewähren können. — Stehlen, rauben, morden u. s. w. bilden auch nicht die Regel, und so könnte man auch die gewöhnlichen Strafgesetze Ausnahmegesetze heißen.

6) Daß im Reichs- und Landeshaushalt in vernünftiger Weise gespart werden solle, ist eine selbstverständliche Forderung; bei der guten Ordnung in unseren finanziellen Verhältnissen werden aber Ersparnisse, die auf die Steuerlast von bemerkbarem Einfluß wären, nicht zu erzielen sein, denn rechtliche Verpflichtungen dürfen nicht verletzt und wichtige Staatszwecke dürfen nicht hintangefetzt werden. Wenn überhaupt seinerzeit die Steuerlast als Ursache

nachteiliger volkswirtschaftlicher Zustände mit Vorliebe in den Vordergrund gestellt wird, so übersieht man, daß der Staatshaushalt ein verhältnismäßig kleiner Teil der Volkswirtschaft ist, daß also etwaige Ersparnisse von geringem Einfluß auf das materielle Wohlbefinden der großen Masse der Steuerpflichtigen sein würden; andererseits ist daran zu erinnern, daß der Staatsaufwand in eine Menge Einzelwirtschaften zurückkehrt und diese erhebliche Reduktion jedenfalls so lange nachteilig empfinden müßten, bis der Ausfall wieder anderweitig gedeckt wäre.

7) Die verkehrteste Sparsamkeit wäre aber die im Militärwesen; bei vernünftigen Leuten sollte doch kein Zweifel darüber bestehen, daß wir, inmitten zwischen die zwei kriegslustigen und uns feindlich gesinnten Nationen der Franzosen und Russen gestellt, unsere Rüstung am allerwenigsten in der Gegenwart erleichtern können; wir würden sonst die Karratur, die schon vor Jahren den deutschen Michel auf einem Baum sitzend und den Ast, auf dem er saß, absägend dargestellt hat, zur Wahrheit machen. Wie aber mit möglichst geringen Mitteln die Verteidigungsmaßregeln gegen unsere Feinde zu treffen seien, hievon ist die demokratische Partei am wenigsten Autorität, da verdienen doch die in der Praxis erprobten Männer und Meister der Kriegskunst unbedingten Vorzug! Kurz vor 1870 hat der Beobachter den Rat gebräut, man solle die Bauernbuben aus der Kaserne entlassen, wenn die Franzosen kommen, werden sich jene schon zu Pferde setzen, und den letzteren den Weg zeigen, wo sie hergekommen.

8) Für deutsche Einheit und Freiheit braucht jetzt Niemand mehr Märtyrer zu werden, wir haben erreicht, was möglich ist und an Aufopferungsfähigkeit für das Vaterland werden aber die anders denkenden Parteien der demokratischen zum mindesten nicht nachstehen; schon vor 1870 und bis in die neueste Zeit sind von dieser Seite gar zu seltsame Erscheinungen zu verzeichnen, die das Gegenteil von Patriotismus sind.

9) Daß Demokraten und Sozialdemokraten sich als Bundesgenossen betrachten, haben beide Parteien schon oft bewiesen; oder haben sie nicht das Stichwort ausgegeben: „Getrennt marschieren und vereint schlagen!“ und häufig bei Wahlen einander unterstützt? eine Partei aber, welche Anspruch auf Achtung erhebt, sollte jede Gemeindschaft mit Leuten, wie die Sozialdemokraten, zurückweisen.

Ein Mitglied der deutschen Partei.

Vermischtes.

(Mann über Bord!) Ein Dampfer auf dem Mississippi macht seine 13 Knoten die Stunde, als sich vorn der Schrei hören läßt: „Mann über Bord!“ „Halt!“ ruft der Kapitän. Darauf wendet er sich zum Rechnungsführer: „Hat er seine Ueberfahrt bezahlt?“ „Ja!“ „Vorwärts!“ brüllt der Kapitän. Und das Schiff setzt seine Fahrt fort.

— Eine hölzerne Taschenuhr ist von einem Holzschmied aus Ohta verfertigt angekauft worden. Es ist eine Taschenuhr gewöhnlicher Größe, deren guter Mechanismus aus Birkenholz gearbeitet ist.

Burkin-Stoff genügend zu einem Anzuge

reine Wolle nadelfertig zu M. 5.55 Pf., für eine Hose allein bloß M. 3.35 Pf. durch das Burkin-Fabrik-Depôt Oettinger & Cie., Frankfurt a. M. Muster-Auswahl umgehend franko.

Zur Steuer der Wahrheit!

Im „Beobachter“, einem Volksblatt aus Schwaben, vom 8. d. M. führt der „Württembergische Landes-Ausschuß“ als „Sünden des Kartellreichstags“ auf:

- 1) „Die Branntweinsteuer wurde bewilligt, thut jährlich 164 Millionen aus der Tasche des Volks“;
- 2) „die Verbrauchssteuern und Zölle wurden gesteigert bis zur nunmehrigen Höhe von jährlichen 600 Millionen aus der Tasche des Volks“;
- 4) „die Offizierspensionen wuchsen auf nunmehr jährlich 60 Millionen aus der Tasche des Volks.“

Auf Grund des Reichshaushalts-Etats 1890/91 Anlage XIV erkläre ich:

- ad 1. Beim **Branntwein** beträgt die Bruttoeinnahme der Maischbottich- und Materialsteuer 31964000 Mk. und der Verbrauchsabgabe 130414000 Mk., zusammen 162378000 Mk., also weniger als die Volkspartei sagt. Hievon sind aber noch die Ausfuhr- u. Vergütungen, als den deutschen Steuerzahler entlastend abziehen mit 8030000 Mk., so daß es nur 154348000 Mk., also 9652000 Mk. weniger sind. Diese 154 Millionen sind aber erst nicht lauter Verwilligungen des sogenannten Kartellreichstags; denn durch das Branntweinsteuergesetz vom 24. Juni 1887 ist nur die Verbrauchsabgabe eingeführt, die Materialsteuer aber, welche im Reiche schon länger als 20 Jahre besteht, ganz erheblich herabgesetzt worden. (Dafür sind in Württemberg die Abgabe von Branntwein mit 1720000 Mk. weggefallen, 1258875 Mk. direkte Steuer nachgelassen, den Gemeinden allerlei Beiträge gewährt, die Gehalte der Volksschullehrer aus Staatsmitteln aufgebeffert worden u. dergl.)
- ad 2. Die **Zölle, die Tabak-, Zucker-, Salz- und Brausteuern** — die Branntweinsteuer ist schon oben abgemacht — betragen in der Bruttoeinnahme 490147000 Mk., also bereits 109853000 Mk. weniger als die Volkspartei angibt. Es sind aber auch hier, weil den deutschen Steuerzahler entlastend, die Steuervergütungen abziehen; sie betragen 52348000 Mk., so daß auf dem Steuerzahler nur bleiben 437799000 Mark, somit weniger als die Volkspartei angiebt, um 162201000 Mark!!!
- ad 4. Der **ganze allgemeine Pensionsfonds** weist im Etat 1890/91 (S. 12 u. Anlage XII) nur den Betrag von 37958563 Mk. auf, also 22041437 Mk. weniger, als die Volkspartei angibt. Das sind aber nicht bloß **Offiziers-Pensionen**, darunter befinden sich z. B. Pensionen für Feldwebel und abwärts bis zum Spielmann im Betrage von 6171002 Mk. In der Sitzung des Reichstags vom 16. Januar 1890 (Protokoll S. 1052) hat der Berichterstatter vorgetragen: Die Erhöhung der Offizierspensionen stellt sich auf 22%, diejenige der Mannschaften auf 32%. — Die aus dem Reichsinvalidenfonds Offizieren und Mannschaften, sowie ihren Hinterbliebenen zu leistenden Pensionen gehören nicht hieher; jedenfalls kommen sie nicht aus der Tasche des deutschen Volks, sondern aus der französischen Kriegskosten-Entschädigung. Wie hoch sich vorstehende Verwilligungen belaufen vor dem sogenannten Kartellreichstag, hat die Volkspartei nicht gesagt.

Ich bedaure wiederholt, daß ich wegen Krankheit nicht vor den Wählern erscheinen kann, um all die ungerichten Beschuldigungen zu widerlegen und verschiedenes Andere zu berichtigen.

Stuttgart, den 12. Februar 1890.

Landgerichtsrat Freiherr von Gültlingen.

2)2.

Stuttgart.

Brennholzlieferungs-Akkord.



Auf das Etats-Jahr 1890/91 bedürfen wir
4500 Nm. buchenees und
5000 „ weisstannenes,
zwei- und vier-spaltiges, 1 Meter langes Scheiterholz.

Die Lieferung, — in Partien von 200 Nm. — wird am

Samstag den 22. Februar d. J.,
Vormittags 10 Uhr

im Speisesaal des Bürgerhospitals dahier im öffentlichen Abstreich vergeben.

Die Akkordsbedingungen können bei der Verwaltung eingesehen oder von dieser bezogen werden.

Den 30. Januar 1890.

Städt. Armenbeschäftigungs-Anstalt.

Zum Anfertigen und Reparieren von

Wasser-Leitungen

und Closets, sowie allen in dieses Fach einschlagenden Arbeiten empfiehlt sich bestens

H. Bott, Schlosser.

Revier Wildbad.

Steinlieferungs-Akkord

Am Montag den 17. d. M.,
morgens 8 1/2 Uhr wird auf dem Rathaus in
Wildbad das Brechen, Beiführen, Schla-
gen von 464 cbm Sandsteinen für die
chauffirten Waldwege des Reviers veral-
fordiert.

Karl Rath,
Emilie Frautz,
Verlobte.

Wildbad. Ispringen.

Februar 1890.



Freiwillige Feuerwehr Wildbad.



Die zur Empfangnahme der Statuten noch nicht Erschienenen, insbesondere auch die Neueingeteilten, haben am
Samstag den 15. d. M.,
abends 7 Uhr
im Rathhaussaale zu erscheinen. Jedes Ausbleiben wird **unnachlässig** bestraft werden.

Wildbad, den 12. Febr. 1890.

Das Commando.
Krauss.

Brauer-Akademie zu Worms.

Programme für den nächsten Unterrichtskursus sind zu erhalten durch die Direktion
Dr. Schneider.

Gegen Influenza vorzüglichst Kaiser's Susten-Carmellen

weltberühmt gegen Susten, Heiserkeit,
Brust- u. Zungen-Katarrh.

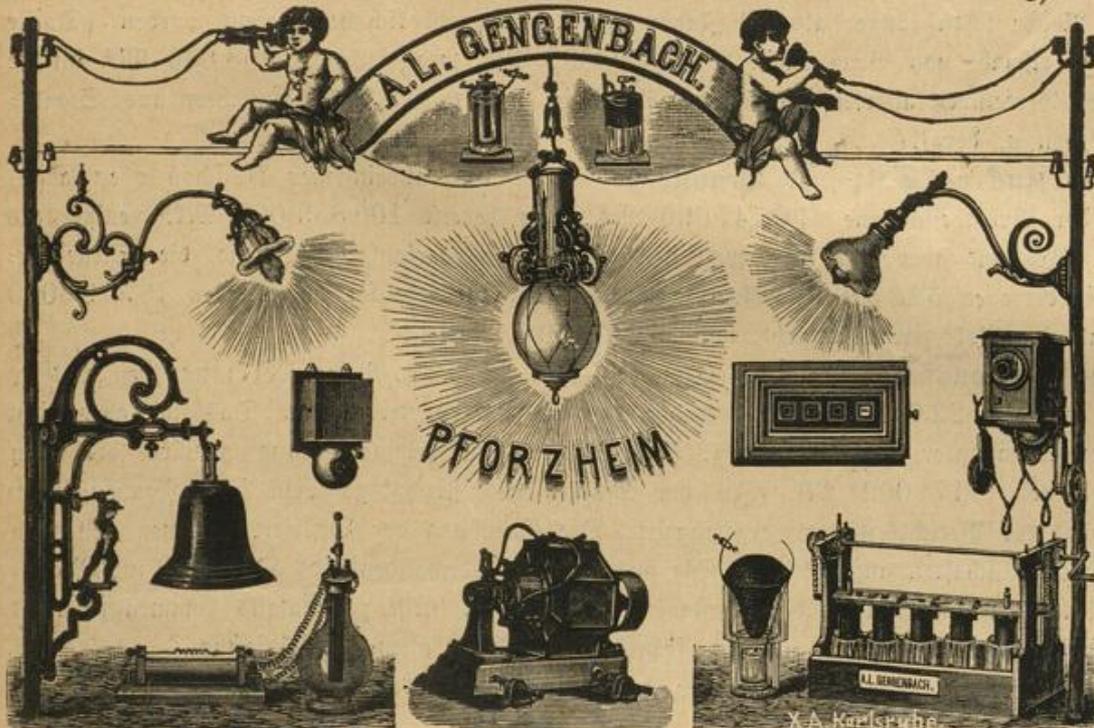
Allein ächt zu haben bei

Fr. Heim.

Electrotechnische Werkstätte

A. L. Gengenbach, Pforzheim, Untere Au 22.

Vertreter der Fabrik für Electrotechnik und Maschinenbau, Bamberg, für Pforzheim und Umgegend



empfiehlt sich den verehrl. Interessenten in Anfertigung und Lieferung von

Dynamo - Maschinen,
Electrische Beleuchtungs-
Anlagen,
Kraft-Uebertragung,
Haustelegraphen & Tableaux,
Telephon-Anlagen,
Electrische Wasserstands-
Anzeiger,
Tauchbatterien eig. System,
Ersatzteile für Elemente
etc. etc.

Zu näherer Auskunft und Entgegennahme von Aufträgen ist Herr **W. Bott**, Uhrmacher in Wildbad gerne bereit; Kostenanschläge und Prospeete gratis.

Verbesserte Gas-Intensiv-Lampen & Straßen- Laternen (System Seegrün.)

Patentiert in den meisten Ländern.

Die „Seegrünlampen“ sind ein Drittel, sogar bis zur Hälfte billiger wie andere Systeme und haben durch den geringen Gasverbrauch und den ruhigen Lichteffect den größten Vorzug.

Bei höchst einfacher Konstruktion, sehr bequemer Handhabung und äußerst geringem Gasconsum erzeugt die „Seegrünlampe“ ein sehr helles und ruhiges Licht.

Ferner erlaube ich mir zu empfehlen:

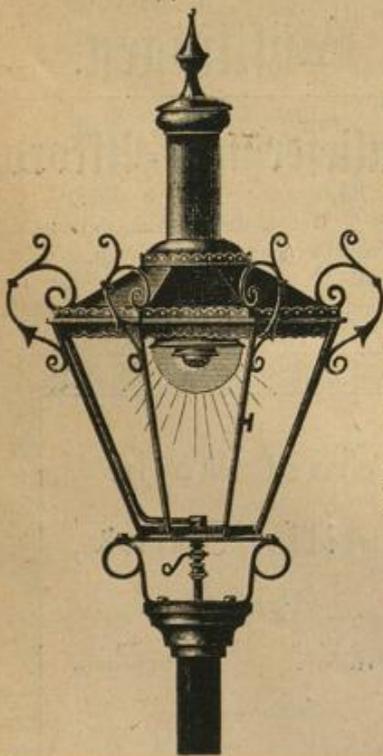
Vierpressen mit und ohne Wasserdruck, Wein- und Bierpumpen für Küfer und Brauereien, alle Sorten Hahnen und Verschraubungen, großes Lager in Pressions- u. Wasser-schläuchen, Transmissionsriemen, Gummiringen u. s. w.

Zu Erteilung von Auskunft und Entgegennahme von Aufträgen ist Herr Flaschnermeister **A. Fuchslocher** in Wildbad gerne bereit.

Hochachtungsvoll

R. Boppenhausen,

Metallgießerei & -Dreherei,
Gas- & Wasserleitungs- Geschäft,
Pforzheim, Thal 6.



Redaktion, Druck und Verlag von Chr. Wildbrett in Wildbad.